S 15 KA 392/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	6
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Teilanfechtung eines vertragsärztlichen Honorarbescheids bzw teilweise Klagerücknahme
Leitsätze	Auch bei einem vertragsärztlichen Honorarbescheid kann eine Teilanfechtung oder eine teilweise Klagerücknahme nur angenommen werden wenn der Wille des Klägers zur Begrenzung des Streitgegenstands klar und eindeutig zum Ausdruck gekommen ist. Im Zweifel ist von einem umfassenden Rechtsschutzbegehren des Klägers auszugehen.
Normenkette	SGG § 77 SGG § 92 SGG § 99 Abs 3 SGG § 102 SGG § 123 SGB V § 85 Abs 4 GG Art 19 Abs 4

1. Instanz

Aktenzeichen	S 15 KA 392/01
Datum	30.01.2002

2. Instanz

Aktenzeichen	L 6 KA 18/02
Datum	21.01.2003

3. Instanz

Datum	23.02.2005
-------	------------

Auf die Revision des Klägers wird das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 21. Januar 2003 aufgehoben. Die Berufung der Beklagten

gegen das Urteil des Sozialgerichts Kiel vom 30. Januar 2002 wird zur¹/₄ckgewiesen. Die Beklagte hat dem Kl¹/₄ger auch dessen au¹/₄ergerichtliche Kosten f¹/₄r das Berufungs- und Revisionsverfahren zu erstatten.

Gr¹/₄nde:

I

Das Verfahren betrifft vorrangig die Frage, unter welchen Voraussetzungen nur eine Teilanfechtung eines Honorarbescheides anzunehmen ist.

Der Kl¹/₄ger, ein zur vertrags¹/₄rztlichen Versorgung zugelassener Gyn¹/₄kologe, betreibt im Rahmen seiner Praxis ein zytologisches Einsendelabor. Er erh¹/₄lt von der beklagten Kassen¹/₄rztlichen Vereinigung (K¹/₄V) jeweils gesonderte Honorarbescheide f¹/₄r seine allgemeine gyn¹/₄kologische Praxis sowie f¹/₄r die zytologischen Leistungen. Urspr¹/₄nglich hatte die Beklagte in ihren Honorarbescheiden f¹/₄r die Leistungen des zytologischen Einsendelabors den Punktwert des Fachgruppentopfs der Pathologen zu Grunde gelegt, w¹/₄hrend f¹/₄r zytologische Leistungen von Gyn¹/₄kologen im Eigenlabor der um ca 20 % h¹/₄here Punktwert der Gyn¹/₄kologen zur Anwendung kam. Sp¹/₄ter verg¹/₄tete die Beklagte in Umsetzung einer in einem Musterverfahren ergangenen Entscheidung des Sozialgerichts (SG) Kiel vom 25. April 2001 auch dem Kl¹/₄ger seine zytologischen Leistungen in den Quartalen I/1998 und III/1998 mit dem h¹/₄heren Punktwert der Gyn¹/₄kologen. F¹/₄r das hier streitige Quartal III/1997 lehnte sie eine Nachverg¹/₄tung in H¹/₄he von ca 18.500 DM unter Hinweis auf die insoweit eingetretene Bestandskraft des Honorarbescheids ¹/₄ber die zytologischen Leistungen ab.

Der Kl¹/₄ger hatte bereits im M¹/₄rz 1998 ¹/₄ber seinen Prozessbevollm¹/₄chtigten Widerspruch gegen den Honorarbescheid f¹/₄r das Quartal III/1997 bez¹/₄glich der zytologischen Leistungen eingelegt. Die Beklagte wies den Rechtsbehelf, der keine Begr¹/₄ndung und keinen Antrag enthielt, zur¹/₄ck (Widerspruchsbescheid vom 4. November 1998).

In seiner Klage hatte der Kl¹/₄ger zun¹/₄chst nur beantragt, die Beklagte zu verpflichten, ihm eine neue Honorarabrechnung f¹/₄r das Quartal III/1997 unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts zu erteilen. Nachfolgend hatte er zur Begr¹/₄ndung seines Klagebegehrens ausgef¹/₄hrt, er greife die Honorark¹/₄rzungen wegen der ¹/₄berschreitung des Praxisbudgets an. Diese seien rechtswidrig und damit aufzuheben. Die Regelungen im Einheitlichen Bewertungsma¹/₄stab f¹/₄r vertrags¹/₄rztliche Leistungen (EBM-¹/₄) ab 1. Juli 1997 zu den Praxisbudgets h¹/₄tten keine tragf¹/₄hige Rechtsgrundlage. Zudem sei der Grundsatz der Honorarverteilungsgerechtigkeit verletzt, weil die besonders aufw¹/₄ndigen und kostenintensiven Leistungen des zytologischen Einsendelabors nur mit dem ¹/₄blichen Punktwert verg¹/₄tet w¹/₄rden. Der angegriffene Honorarbescheid k¹/₄nnne auch nicht auf den Honorarverteilungsma¹/₄stab (HVM) der Beklagten gest¹/₄tzt werden, denn auch dieser sei rechtswidrig und versto¹/₄e gegen das Gebot der Verteilungsgerechtigkeit.

Nachdem das Bundessozialgericht (BSG) die Einföhrung von Praxisbudgets im EBM-Ä zum 1. Juli 1997 fÄr rechtmÄig erachtet hatte ([BSGE 86, 16](#) = [SozR 3-2500 Ä§ 87 Nr 23](#)), hat der KlÄger das zunÄchst ruhend gestellte Verfahren vor dem SG "unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt" fortgesetzt. Er hat nunmehr ausschlieÄlich die Anwendung des Punktwerts der Pathologen auf die Leistungen des zytologischen Einsendelabors gerÄgt (Schriftsatz vom 30. Januar 2001). Die Beklagte hat darin eine Änderung des Klagegrundes gesehen, zu der sie ihre Einwilligung nicht erteilt hat. Das SG hat jedoch die Beklagte antragsgemÄ zu einer erneuten Entscheidung Äber die HonoraransprÄche des KlÄgers unter Beachtung seiner Rechtsauffassung verurteilt, dass der KlÄger auch fÄr dieses Quartal eine NachvergÄtung fÄr die zytologischen Leistungen unter Anwendung des Punktwerts fÄr GynÄkologen fordern kÄnne. Die Umstellung bzw ErgÄnzung der rechtlichen AusfÄhrungen durch den KlÄger beinhaltet keine KlageÄnderung iS von [Ä§ 99 Abs 3 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#).

Auf die Berufung der Beklagten hat das Landessozialgericht (LSG) die erstinstanzliche Entscheidung aufgehoben und die Klage abgewiesen (Urteil vom 21. Januar 2003). Der Honorarbescheid fÄr das Quartal III/1997 sei hinsichtlich der Zuordnung des Honorars fÄr die zytologischen Leistungen zum niedrigeren Punktwert der Pathologen bestandskrÄftig geworden, weil die Klage ausdrÄcklich auf den Teil des Honorars, der im Zusammenhang mit den Praxisbudgets stehe, beschrÄnkt worden sei. Den Regelungen des EBM-Ä zum Praxisbudget und des HVM zur Zuordnung des zytologischen Einsendelabors zum Honorarkontingent der Pathologen lÄgen jeweils eigenstÄndige Sachverhalte und unabhÄngig voneinander bestehende Rechtsvorschriften zu Grunde, deren Auswirkungen auf den Honoraranspruch sich genau abgrenzen lieÄen. Es widerspreche dem Befriedungsgebot und den GrundsÄtzen der Rechtssicherheit, wenn in teilbaren Bescheiden ursprÄnglich nicht beanstandete Teile zu einem spÄteren Zeitpunkt aufgegriffen und gegebenenfalls aufgehoben wÄrden. Eine Billigung dieser Vorgehensweise fÄhre zu nicht hinnehmbaren Folgen. Da die Beklagte fÄr die erst spÄter angegriffenen Teile keine HonorarrÄckstellungen habe treffen kÄnnen, mÄssten die Nachzahlungen allein von den aktuell tÄtigen Ärzten getragen werden. Die Entscheidung des SG, dass keine KlageÄnderung vorliege, kÄnne trotz der in [Ä§ 99 Abs 4 SGG](#) angeordneten Bindungswirkung zu keinem anderen Ergebnis fÄhren.

Mit seiner vom Senat zugelassenen Revision rÄgt der KlÄger, das LSG sei von tragenden RechtssÄtzen der Entscheidung des GroÄen Senats des BSG vom 19. Februar 1992 ([BSGE 70, 133, 135](#) = [SozR 3-1300 Ä§ 24 Nr 6 S 17](#)) abgewichen und habe seine Pflicht zur Amtsermittlung verletzt. Zwar kÄnne sich das Klagebegehren bei Verwaltungsakten mit teilbarem Inhalt auf die Teile beschrÄnken, welche die Rechtsverletzung fÄr den KlÄger beinhalteten. Jedoch mÄsse eine solche EinschrÄnkung aus dem Klageantrag deutlich werden. Er habe ersichtlich die vollstÄndige Honorarabrechnung angegriffen mit dem Begehren, HonorarkÄrzungen gleich aus welchem Grund abzuwehren. Zudem treffe die Feststellung des Berufungsgerichts, die KlagebegrÄndung sei allein auf die KÄrzung wegen Äberschreitung des Praxis-Zusatzbudgets bezogen gewesen, nicht zu, weil sie auch AusfÄhrungen zur Ungleichbehandlung der zytologischen

Leistungen enthalte.

Der Klager beantragt,
das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 21. Januar 2003
aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Kiel
vom 30. Januar 2002 zurückzuweisen.

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurückzuweisen.

Sie hält das Berufungsurteil fr zutreffend. Eine Beschränkung des
Streitgegenstands msse nicht unbedingt im Klageantrag zum Ausdruck kommen,
sondern könne sich auch aus der Klagebegrndung ergeben. Der Klager habe
vor dem SG seine Klage auf eine Aufhebung des Honorarbescheids wegen der
Anwendung der Praxisbudgets beschränkt. Der später eingeführte
Gesichtspunkt des Punktwerts für die Leistungen des zytologischen
Einsendelabors bilde einen neuen Streitgegenstand. Dieser sei nicht fristgerecht
geltend gemacht worden. Deshalb unterscheide sich der Sachverhalt maßgeblich
von der Fallgestaltung, über die der Große Senat des BSG in seinem Beschluss
vom 19. Februar 1992 befunden habe.

II

Die Revision des Klagers ist begründet. Das LSG hat zu Unrecht angenommen,
der Honorarbescheid für das Quartal III/1997 sei hinsichtlich der Anwendung des
Punktwertes bestandskräftig geworden, weil der Klager seinen Rechtsbehelf auf
die Krzung seiner Leistungsanforderungen wegen berschreitung des
Praxisbudgets beschränkt habe. Das SG hat vielmehr zutreffend die Beklagte zur
Vergütung der zytologischen Leistungen mit dem Punktwert der Gynäkologen
verurteilt.

Der Klager hat seine auf ein höheres vertragsärztliches Honorar gerichtete
kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage (hier in der Sonderform der
Bescheidungsklage, s [BSGE 92, 87](#) = [SozR 4-2500 Å§ 85 Nr 8](#), jeweils RdNr 4) nicht
auf den Streitpunkt der Rechtmigkeit der Praxisbudgets begrenzt. Eine solche
Beschränkung des Rechtsbehelfs auf abtrennbare Regelungsteile eines
einheitlichen Verwaltungsaktes ist allerdings grundsätzlich möglich ([BSGE 59,](#)
[137, 143](#) = [SozR 2200 Å§ 368a Nr 13 S 38](#)). Sie kann bereits bei Klageerhebung
erklärt, aber auch im Verlauf des Prozesses entweder durch eine entsprechende
Klarstellung des zunächst nicht näher bestimmten Streitgegenstands oder durch
eine teilweise Klagerücknahme ([Å§ 102 SGG](#)) herbeigeführt werden. Die ärztliche
ursprüngliche oder nachträgliche ärztliche Beschränkung des Klagegegenstandes
führt dazu, dass die nicht (mehr) angegriffenen Teilregelungen in Bestandskraft
erwachsen ([Å§ 77 SGG](#)), sodass eine später hierauf erneut erstreckte Klage
unzulässig ist (vgl [BSGE 21, 13, 17](#) = [SozR Nr 5 zu Å§ 156 SGG](#); ebenso [BFHE 159,](#)
[4, 9; 189, 252, 255; BVerwGE 40, 25, 32](#)).

Ob der Klager nur eine Teilanfechtung oder eine teilweise Klagerücknahme

vorgenommen hat, ist durch Auslegung seiner prozessualen Erklärungen zu ermitteln. Nach [Â§ 123 SGG](#) entscheidet das Gericht über die vom Kläger erhobene Ansprüche, ohne an die Fassung der Anträge gebunden zu sein. Allein der Kläger bestimmt mit seinem Rechtsschutzbegehren den Streitgegenstand des Klageverfahrens und damit zugleich den Prüfungsumfang des Gerichts (stRspr, zuletzt BSG, Urteil vom 9. Dezember 2004, [B 6 KA 44/03 R](#) (unter 1.), zur Veröffentlichung in BSGE und SozR 4 vorgesehen). Dies ist Ausdruck der Dispositionsmaxime, die auch im sozialgerichtlichen Verfahren Anwendung findet ([BSGE 88, 262](#), 264 = SozR 3-3300 Â§ 23 Nr 5 S 15; Meyer-Ladewig, SGG, 7. Auflage 2002, Â§ 123 RdNr 1; vgl auch [BFHE 159, 4](#), 10 sowie [BVerwGE 104, 27](#), 28). Bei Zweifeln hinsichtlich des Streitgegenstandes hat das Gericht darauf hinzuwirken, dass unklare Anträge erläutert und sachdienliche Anträge gestellt werden ([Â§ 106 Abs 1 SGG](#)). Ist dies nicht mehr rechtzeitig vor Ablauf der Klagefrist möglich, ist der wirkliche Wille des Klägers bei Erhebung der Klage durch Auslegung seines bisherigen Vorbringens zu erforschen; Entsprechendes gilt für die Beurteilung von Erklärungen, deren Deutung als teilweise Klagerücknahme in Frage kommt. Maßgeblich ist der objektive Erklärungswert, dh wie das Gericht und die übrigen Prozessbeteiligten bei Berücksichtigung aller erkennbaren Umstände das Rechtsschutzbegehren verstehen müssen ([BSGE 63, 93](#), 94 = SozR 2200 Â§ 205 Nr 65 S 180; [BFHE 189, 252](#), 254). Allein aus fehlenden Äußerungen des Klägers zu abtrennbaren Aspekten eines Verwaltungsakts kann regelmäßig nicht geschlossen werden, dass die betreffende Teilregelung nicht angefochten sein, sondern in Bestandskraft erwachsen soll. Nur wenn der Wille des Klägers zur Begrenzung des Streitgegenstands klar und eindeutig zum Ausdruck gekommen ist, kann eine Teilanfechtung oder eine teilweise Klagerücknahme angenommen werden ([BSGE 74, 77](#), 79 = [SozR 3-4100 Â§ 104 Nr 11](#) S 47; ebenso [BFHE 159, 4](#), 11; BVerwG, Beschluss vom 9. Juli 1997, [1 B 209/96](#) â juris).

Der Grundsatz, dass im Zweifel von einem umfassenden Rechtsschutzbegehren des Klägers ausgegangen werden muss, ist Ausfluss des verfassungsrechtlichen Auftrags der Gerichte zur Gewährleistung effektiven und möglichst lückenlosen Rechtsschutzes gegen Akte der öffentlichen Gewalt ([Art 19 Abs 4](#) Grundgesetz, vgl [BVerfGE 107, 395](#), 401 ff = SozR 4-1100 Art 103 Nr 1 RdNr 5 ff; [110, 77](#), 85; BVerfG (Kammer) [SozR 4-2500 Â§ 87 Nr 6](#) RdNr 10). Dementsprechend hat das BSG für den Bereich der Sozialleistungen stets betont, dass die Auslegung von Anträgen sich danach richtet, was als Leistung möglich ist, wenn jeder verständige Antragsteller mutmaßlich seinen Antrag bei entsprechender Beratung angepasst hätte und keine Gründe zur Annahme eines abweichenden Verhaltens vorliegen; im Zweifel ist davon auszugehen, dass der Kläger alles zugesprochen haben möchte, was ihm auf Grund des Sachverhalts zusteht (stRspr, zuletzt BSG, Urteil vom 17. Februar 2005, â [B 13 RJ 31/04 R](#) â zur Veröffentlichung in SozR 4 vorgesehen). Dieser Auslegungsgrundsatz dient zugleich einer möglichst weitgehenden Verwirklichung sozialer Rechte, zu der die Sozialleistungsträger bereits nach materiellem Recht verpflichtet sind ([Â§ 2 Abs 2](#) und [Â§ 17 Abs 1 Nr 1](#) Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Im Vertragsarztrecht gilt zur Gewährleistung effektiven und möglichst umfassenden Rechtsschutzes nichts anderes. Auch hier ist davon auszugehen, dass

Klagebegehren auf höchstmögliche Leistungsgewährung gerichtet und Beschränkungen nur anzunehmen sind, wenn diese klar zum Ausdruck gekommen sind. Bei vertragsärztlichen Honorarklagen bestehen jedoch gewisse Besonderheiten, die dem klagenden Vertragsarzt Anlass zur Beschränkung seines Klagebegehrens geben können. Bescheide über vertragsärztliches Honorar betreffen keine Sozialleistung ([BSGE 82, 50](#), 51 = [SozR 3-1300 Â§ 44 Nr 23](#) S 49). Auch deshalb gilt für Streitigkeiten über die Rechtmäßigkeit vertragsärztlicher Honorarbescheide seit dem 2. Januar 2002 die Freistellung der Vertragsärzte von den Gerichtskosten ([Â§ 183 SGG](#) aF) nicht mehr. Die Kläger haben vielmehr streitwertabhängige Gebühren und Auslagen nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (GKG) zu entrichten ([Â§ 197a Abs 1 SGG](#) idF des 6. SGG-Änderungsgesetzes vom 17. August 2001, [BGBl I 2144](#)). Nach der Neufassung des GKG durch Art 1 des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (vom 5. Mai 2004, [BGBl I 718](#)) wird bei den ab dem 1. Juli 2004 erhobenen Klagen die gesamte Verfahrensgebühr für die erste Instanz in Höhe von 3,0 Gebührensätzen bereits mit Einreichung der Klageschrift fällig ([Â§ 6 Abs 1 Nr 4 GKG](#) nF). Im Falle einer Klagerücknahme tritt nicht mehr â wie bisher bei rechtzeitiger Erklärung â eine Gebührensatzbefreiung, sondern lediglich eine Ermäßigung auf 1,0 Gebühren ein (Nr 7110, 7111 des Kostenverzeichnisses, Anlage 1 zum GKG). Der Kläger ist verpflichtet, bereits bei Einleitung eines Klageverfahrens den Wert des gesamten von ihm geltend gemachten Streitgegenstandes gegenüber dem Gericht anzugeben, sofern nicht ohnehin eine bestimmte Geldsumme, die dann den Streitwert bildet, eingeklagt wird ([Â§ 61 Satz 1 GKG](#) nF). Mit dieser Information setzt das Gericht sogleich den Streitwert des Verfahrens als vorläufige Grundlage für die Einziehung der Gerichtsgebühren fest ([Â§ 63 Abs 1 Satz 1 GKG](#) nF). Diese Regelungen bewirken, dass bereits die Klageerhebung spürbare Kostenfolgen nach sich zieht, deren Höhe vom Umfang des geltend gemachten Streitgegenstandes abhängt. Dies kann Auswirkungen auf die Interessenlage der Kläger im Zusammenhang mit der gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen auf höheres vertragsärztliches Honorar haben.

Aber auch bei Honorarklagen von Vertragsärzten, die â wie hier â noch vor dem 2. Januar 2002 in erster Instanz erhoben wurden und für die das Privileg der Gerichtskostenfreiheit weiterhin gilt ([BSG SozR 3-2500 Â§ 116 Nr 24](#) S 115 ff), ist gegebenenfalls mit der Klageerhebung ein Kostenrisiko verbunden, dessen Umfang vom Streitwert des geltend gemachten Anspruchs abhängt. Sofern sich die Kläger solcher Altverfahren durch einen Rechtsanwalt als Prozessbevollmächtigten vertreten lassen, haben sie ebenfalls eine streitwertabhängige Rechtsanwaltsvergütung zu entrichten ([Â§ 116 Abs 2 Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung](#)); die in den sonstigen sozialrechtlichen Streitsachen erhobenen Rahmengebühren gelten hier nicht. Die Interessenlage jener Kläger unterscheidet sich deshalb im Wesentlichen nicht von der Situation, die nunmehr bei ab dem 2. Januar 2002 erhobenen â und in verschärfter Form bei den ab 1. Juli 2004 eingeleiteten â Klagen im Vertragsarztrecht gilt.

Bei der Auslegung der Angaben eines Vertragsarztes zum Streitgegenstand seiner Honorarklage ist zudem zu berücksichtigen, dass dem Honorarteilhabeanspruch

des klagenden Vertragsarztes ein komplexes und ausdifferenziertes System der vertragsärztlichen Honorarverteilung (§ 85 Abs 4 ff iVm [§ 87 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch \(SGB V\)](#)) zu Grunde liegt (vgl hierzu BSG [SozR 4-2500 § 85 Nr 4 RdNr 12](#)). Deshalb entspricht es im Regelfall dem Interesse des Klägers an einem zielgerichteten und effektiven Rechtsschutz, seinen Rechtsbehelf auf diejenigen Maßnahmen und Regelungen zur Bestimmung des Honorars einzugrenzen, die spezifisch ihn in seiner konkreten Praxissituation beschweren. Dies gilt besonders, wenn im Klageantrag keine bestimmte Leistung bezeichnet, sondern lediglich eine erneute Bescheidung des Honoraranspruchs durch die Beklagte unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts begehrt wird. Ein solcher Bescheidungsantrag wird von der Rechtsprechung in entsprechender Anwendung von [§ 131 Abs 3 SGG](#) und [§ 113 Abs 5 Satz 2](#) Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) insbesondere für zulässig erachtet, wenn die Rechtswidrigkeit normativer Regelungen der Honorarverteilung geltend gemacht wird. In einem solchen Falle ist es erforderlich, dass der Kläger spätestens bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung verdeutlicht, welcher Art die Maßnahmen sein sollen, die das Gericht der Beklagten zur Beachtung bei der Neubescheidung des Honoraranspruchs aufgeben soll (vgl Meyer-Ladewig, aaO, § 92 RdNr 5; Kopp/Schenke, VwGO, 13. Auflage 2003, § 82 RdNr 10; Pietzcker in Schoch/Schmidt-Aßmann/Pietzner, VwGO, Stand September 2004, § 42 Abs 1 RdNr 104).

Erhebt daher ein Vertragsarzt Klage gegen einen Honorarbescheid, mit der er eine höhere Vergütung erstrebt, besteht Anlass zur Prüfung, ob er die höchstmöglichen Leistungen begehrt oder ob er nicht sinnvollerweise seinen Klageantrag beschränken und den Honorarbescheid im übrigen bestandskräftig werden lassen will. Eine Klagebeschränkung kann jedoch nur angenommen werden, sofern dies eindeutig im Klageantrag oder in der Begründung zum Ausdruck kommt, etwa wenn ausdrücklich Klage nur "insoweit" erhoben wird, als die Honoraranforderung wegen bestimmter Umstände – zB wegen des Praxisbudgets, auf Grund der sachlich-rechnerischen Richtigstellung bestimmter Gebührenordnungsnummern, wegen einer Fallzahlbegrenzung usw – reduziert worden ist. Das Gericht kann aber etwa im Rahmen der Beschlussfassung über den vorläufigen Streitwert – Nachforschungen zum genauen Klagegegenstand anstellen und beim Kläger nachfragen, ob der Streitstoff auf die in der Begründung benannten Fragen bzw auf einzelne Teilregelungen begrenzt wird. Gibt der Kläger eine solche Erklärung deutlich und ohne Vorbehalt ab, wird der angefochtene Honorarbescheid im übrigen bestandskräftig. Andernfalls wird der vorläufige Streitwert dementsprechend höher festzusetzen und bei der Kostenentscheidung gegebenenfalls ein teilweises Unterliegen des Klägers zu berücksichtigen sein ([§ 197a Abs 1 Satz 1 Halbsatz 3 SGG](#) iVm [§ 155 Abs 1 VwGO](#)). Entsprechendes gilt bei bloßen Bescheidungsanträgen im Rahmen der spätestens in der mündlichen Verhandlung erforderlichen gerichtlichen Aufklärung, was genau Klagegegenstand sein soll ([§ 106 Abs 1](#) iVm [§ 92 SGG](#)).

Bei Anwendung dieser Grundsätze kann das Urteil des LSG keinen Bestand haben. Der Kläger rügt mit seiner Revision zu Recht, das Berufungsgericht habe den Inhalt seiner Klagebegründung vor dem SG nicht zutreffend wiedergegeben, wenn es (auf Seite 11 des Urteils) die Klagebegründung im Schriftsatz vom 3. Februar

1999 "allein auf die Klärung wegen Überschreitung des Praxis-Zusatzbudgets bezogen" angesehen hat. Zwar deutet sowohl die vom LSG wörtlich zitierte Einleitung jenes Schriftsatzes als auch dessen Abschluss darauf hin, dass die Klärungen auf Grund der Überschreitung des Praxisbudgets der gewichtigste Streitgegenstand sein sollte. Indessen enthält die Klagebegründung bereits auf den Seiten 3 und 4 und dann nochmals auf den Seiten 5 und 6 auch Ausführungen zu den nach Auffassung des Klägers zu niedrigen Punktwerten für die zytologischen Leistungen und zur Rechtswidrigkeit des HVM, die auch im Tatbestand des Berufungsurteils (dort Seite 3) wiedergegeben sind. Die vom Berufungsgericht seiner Entscheidung zu Grunde gelegte Feststellung der Praxisbudgets als alleinigem Klagegegenstand widerspricht daher den Denkgesetzen und überschreitet die Grenzen der freien Beweiswürdigung ([Â§ 128 Abs 1 SGG](#)). Der Senat ist deshalb an jene Feststellung des Berufungsgerichts zum Sachverhalt nicht gebunden ([Â§ 163 Halbsatz 2 SGG](#); vgl [BSGE 43, 37](#), 39 = [SozR 2200 Â§ 1265 Nr 24](#) S 75).

Eine vollständige Würdigung der Klagebegründung vom 3. Februar 1999 ergibt vielmehr, dass der Kläger sein zunächst im Verwaltungsverfahren und ebenso in der Klageschrift nicht näher konturiertes Begehren auf höhere Vergütung dort auf die beiden Klagegründe "Praxisbudget" und "HVM-Punktwert für zytologische Leistungen" konkretisiert hat. Eine weitere Präzisierung des zweiten Begehrens ist nachfolgend vom SG wegen der Anordnung des Ruhens des Verfahrens nicht weiter veranlasst worden. Das SG hat aber nach Fortsetzung des Verfahrens zutreffend erkannt, dass der Kläger mit seiner Forderung im Schriftsatz vom 30. Januar 2001 auf Anwendung des höheren Punktwertes für Gynäkologen keinen neuen Streitgegenstand in das Verfahren eingeführt, sondern lediglich den Vortrag zu einem bereits in der Klagebegründung benannten Gegenstand im Sinne von [Â§ 99 Abs 3 Nr 1 SGG](#) ergänzt hat. Der Kläger hatte diesen Teil seines Klagebegehrens auch nicht zwischenzeitlich in eindeutiger Weise zurückgenommen oder für erledigt erklärt. Die im angefochtenen Honorarbescheid enthaltene Ablehnung dieses Teils des Leistungsbegehrens des Klägers ist deshalb nicht in Bestandskraft erwachsen.

Die materielle Verpflichtung der Beklagten, dem Kläger auch die Leistungen seines zytologischen Einsendelabors mit dem für seine Fachgruppe maßgeblichen Punktwert zu vergüten, folgt nach den Feststellungen des SG aus den landesrechtlichen Bestimmungen des HVM. An dessen Auslegung ist der Senat gebunden ([Â§ 162 SGG](#)); sie ist im Übrigen zwischen den Beteiligten auch nicht weiter streitig. Damit erweist sich das entsprechende Bescheidungs Urteil des SG als zutreffend und ist auf die Revision des Klägers wieder herzustellen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 Abs 1 SGG](#) in der bis zum 1. Januar 2002 geltenden und hier noch anzuwendenden Fassung (BSG [SozR 3-2500 Â§ 116 Nr 24](#) S 115 ff).

Erstellt am: 06.09.2005

Zuletzt verändert am: 20.12.2024